


„Völlig absurd und undemokratisch“

Soziales – Der Beschluss des Magistrats, einen einzelnen Verein zum Seniorenbeirat zu erklären, erntet heftigen Widerspruch



|  Volles Haus: Der Seniorentag im Darmstadtium stieß im vergangenen Oktober auf großes Interesse. Nun steht die Überlegung an, wie die mehr als 33 000 Darmstädter über sechzig Jahre ihre Beteiligungsrechte institutionell in die politische Praxis einbringen können.

Archivfoto: Claus Völker

Heidrun Bleek von der Akademie 55 plus kann es nicht fassen. „Wir fühlen uns total ausgeschlossen von diesen Plänen.“ Der Magistrat hatte angekündigt, einen kommunalen Seniorenbeirat dadurch bilden zu wollen, dass er den „Verein Seniorenrat Darmstadt“ dazu erklärt. „Ein solches Vorgehen ist absurd und abwegig“, kommentiert Heidrun Bleek. „Ein einzelner Verein kann die Interessenvertretung von über 33 000 Senioren nicht leisten.“ Insoweit sei der Plan des grün-schwarzen Magistrats – der dem Stadtparlament zur Beschlussfassung noch vorgelegt wird – „ignorant gegenüber allen anderen Seniorenvereinen.“

Jene haben sich zur „Interessengemeinschaft Gewählter Seniorenbeirat“ zusammengetan. Die Initiative bilden unter anderem Mitstreiter aus Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt, Akademie 55plus, ambulanten Pflegediensten und Initiativen wie „Junge Alte mischen sich ein“. Die Aufregung ist groß, die Lösung läge jedoch vergleichsweise nah. Zum Beispiel in Wiesbaden. Dort gibt es das, was die Interessengemeinschaft in Darmstadt erst anstrebt: einen Seniorenbeirat, der von den Betroffenen selbst gewählt wird und somit einer Vielzahl von demokratisch legitimierten Kräften offen steht. Ein Konstrukt, das seit rund 30 Jahren funktioniert.

Einen solchen echten Seniorenbeirat wünscht sich auch der Darmstädter SPD-Parteichef Klaus Uebe. Einen einzelnen Verein auszuwählen, die Interessen der Generation 60 plus zu vertreten, „das kann man nur in einer 3000-Einwohner-Gemeinde machen. Das geht so nicht in Darmstadt. Hier kann und darf diese Aufgabe kein einzelner Verein übernehmen.“

Warum der grün-schwarze Magistrat nicht einfach die positiven Wiesbadener Erfahrungen

und Erkenntnisse übernimmt? Uebe: „Ich versteh' es nicht. Das könnte man sich so einfach abgucken.“ Vielleicht, so Uebe, werde auf parteipolitische Konstellationen Rücksicht genommen. Das zielt auf das CDU-Parteibuch von Irmgard Klaff-Isselmann, die Vorsitzende des Vereins Seniorenrat. Außerdem werde der Verein, so Uebe, in der Koalitionsvereinbarung bereits offen genannt als Interessenvertreter der Senioren für den künftigen grün-schwarzen Magistrat.

Die beiden Fraktionsvorsitzenden von Grünen und CDU, Yücel Akdeniz und Hartwig Jourdan, verteidigen die Beschlussfassung des Magistrats in einer Presseerklärung. „Zur Wahrung der Interessen älterer Menschen“, heißt es dort, „halten wir es nicht für notwendig, neben dem ... Seniorenrat e.V. ein weiteres Gremium zu installieren.“ Dies führte nur zu einer „weiteren politisch motivierten Interessenvertretung. Statt einer zusätzlichen parallelen Seniorenstadtverordnetenversammlung wollen wir den Seniorenrat ... stärken und mit weiteren Befugnissen ausstatten.“

Gleich nach Veröffentlichung des Vorhabens hatte sich bereits die FDP-Fraktionsvorsitzende Sandra Klein mit Kritik gemeldet. Mit dem Plan würde einem Verein „eine Sonderstellung eingeräumt“. Die FDP fordert, einen Seniorenbeirat entweder durch Urwahl in der Altersgruppe oder ein Delegiertensystem zu bilden.

Hanno Benz, SPD-Fraktionsvorsitzender, sieht die grün-schwarzen Pläne als Gegenteil der versprochenen Bürgernähe. „Für Parteien, die in jedem zweiten Statement die Bürgerbeteiligung im Munde führen, ist das ein äußerst unpassender Plan.“ Die Proteste jetzt seien die Folge davon, „dass man Entscheidungen trifft, ohne vorab Rücksprache zu halten mit denen, die Senioreninteressen vertreten.“ Den Einwand von Akdeniz und Jourdan, dass Senioren – über die Pläne des Magistrats hinaus – ja ohnehin im Parlament und im ehrenamtlichen Magistrat „angemessen vertreten“ seien, hält Benz zudem für „eine geradezu gefährliche Argumentation“.

Walter Schwebel vom „Arbeitskreis 60 plus“ der SPD bringt die Turbulenzen um die Installation eines Seniorenbeirats so auf den Punkt: „Was demokratisch legitimiert werden kann, soll bitte auch gemacht werden. Man darf doch niemandem die Wahl versperren.“